



„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere
bis zu 5 Exemplaren direkt unter
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.
Oesterr. Währung.

Expedition: Charlottenburg bei
Berlin, Engelschestr. 24. Alle Post-
anstalten und Zeitungs-Expeditionen
nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder
vom
Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhn-
liche Zeile 20 Pf. — Arbeitsmarkt
für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
unentgeltlich.

Für Zusendung von Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Leng,
Charlottenburg bei Berlin,
Engelschestr. 24.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 14.

Berlin, den 5. April 1889.

Sechszehnter Jahrgang.

Amflicher Theil.

Zur Beachtung für die Herren Ortskassirer.

Im Streifen pro I. Quartal 1889 sind nur die **neuen**
Nummern der Mitglieder der Reihenfolge nach anzugeben. Im
Krankenkassen-Streifen sind die Beiträge wie bisher üblich nach Bei-
tragsklassen zu verzeichnen und dabei die Nummern in den Klassen
der Reihe nach zu führen.

	Der Generalrath.	
A. Münchow,	G. Leng,	J. Bey,
Vorsitzender.	Hauptschriftführer.	Hauptkassirer.

An die auswärtigen Generalrathsmitglieder unseres Gewerbevereins.

In seiner 25. Sitzung hat der Generalrath beschlossen, zum
10. Verbandstage in Düsseldorf die unten folgenden Anträge
zu stellen.

Indem wir den auswärtigen Generalrathsmitgliedern von diesen
Anträgen hiedurch Kenntniß geben, eruchen wir die Herren, ihre
Abstimmung über Einbringung dieser Anträge zum Verbandstage uns
bis **spätestens Donnerstag, den 11. April**, an die Adresse des
Hauptschriftführers zukommen zu lassen. Später eingehende Ab-
stimmungen werden nicht berücksichtigt.

Die Entscheidung, ob Zustimmung oder Ablehnung hinsichtlich
der Anträge erfolgt ist, hat jedes auswärtige Generalrathsmitglied
lediglich selbst zu treffen. Man wolle der Uebereinstimmung und
Klarheit wegen bei Abgabe der Stimme jeden Antrag durch die
Nummer, unter welcher derselbe nachstehend aufgeführt ist (Nr. 1
bis 9) bezeichnen und dahinter ein Ja oder Nein setzen. Also z. B.
Antrag 1 Ja, Antrag 2 Ja, Antrag 3 Nein u.

Das endgültige Abstimmungsergebnis wird in Nr. 16 d. Bl. be-
kannt gegeben werden. Nochmals erbiten wir die schriftliche Ein-
sendung der Abstimmungen bis **spätestens 11. April**. Die Anträge
selbst lauten:

A. Zum Budget des Verbandes.

1. Die sämtlichen Kosten des 10. Verbandstages aus der Verbands-
kasse zu decken.
2. Die Verbandsbeiträge auf 5 Pf. pro Kopf und Quartal zu er-
mäßigen (statt bisher 10 Pf.).

Motive zu 1 und 2: Der gute Stand der Verbandskasse ermöglicht
und die Fortbildung der Unterstützungsanstalten der Gewerbevereine
erfordert diese Anträge.

B. Zum Verbands-Statut.

3. § 11. Den Verbandstag alle 5 Jahre (statt bisher 3 Jahre) ein-
zuberufen.

Motiv: Kostenersparniß; außerordentliche Verbandstage können da-
neben erforderlichenfalls noch stattfinden.

4. § 14 von Zeile 7 ab zu lesen: von 1000 bis 2000 Mitgliedern 1,
2000 bis 4000 Mitgliedern 2 und für jede fernere angehängene
2000 Mitglieder einen Abgeordneten mehr.

Gewerbevereine unter 1000 Mitgliedern (u. unter entsprechender
weiterer Verdoppelung der jetzt gültigen Ziffern).

Motiv: Der Antrag ist nur für den Fall der Ablehnung des An-
trages Nr. 3 gestellt. Er bezweckt wie jener Erparniß der Kosten bei
den Verbandstagen. In Düsseldorf werden z. B. diesmal ca. 70 Theil-
nehmer des Verbandstages zusammentreten, darunter wiederum 8 Ab-
geordnete mehr wie in Halle. Der Verband erscheint aber auch genügend
durch ca. 40 Teilnehmer repräsentirt. Der Antrag bezweckt die einfache
Verminderung der Zahl der Teilnehmer, ohne das jetzige Stärkerhältnis
in der Vertretung der kleinen gegenüber den großen Gewerbevereinen
ändern zu wollen.

5. § 22. Bessere Fassung desselben.

Motiv: Der Paragraph ist jetzt unklar.

6. § 36. Die Worte „und verpflichtet“ zu streichen, bezgl. die Worte
„und die statutenmäßigen Leistungen an denselben zu erfüllen“;
ferner die Worte „und des halbständigen Umkreises“ abzuändern
in „und deren Umgebung“.

7. § 37, 38, 39. Streichung derselben bis auf den Schlusssatz von
§ 37: „Der Ortsverbandsausschuß hat jederzeit die Befugniß“ u.
Einfügung dieses Schlusssatzes in § 42.

Motive zu 6 und 7: Die Anträge bezwecken die Abschaffung der
obligatorischen Zugehörigkeit der Ortsvereine zu den Ortsverbänden,
ohne das Recht der Zugehörigkeit zu beschränken. Die Aufrechterhaltung
der obligatorischen Zugehörigkeit empfiehlt sich erfahrungsmäßig mit
Rücksicht auf die Bedeutungslosigkeit der Thätigkeit dieser Ortsverbände
nicht mehr.

C. Zu den Bestimmungen über Arbeitsstatistik und Arbeitsnachweis.

8. Fakultative Erweiterung der Statistik durch Fragen über das Lehr-
lingswesen; Bearbeitung und Fertigstellung der Statistik im Ver-
bandsbureau.

Motiv: Die beabsichtigte zweckdienliche Erweiterung wird sich er-
möglichen, wenn im Verbandsbureau, erforderlichenfalls durch eine ge-
eignete Hilfskraft, die eingehenden Fragebogen stets sofort auf ihre
Mängel geprüft und letztere durch stetige Korrespondenz mit den Orts-
vereinen, eventl. unter Beirath der Generalräthe, abzustellen gesucht werden.
Dann wird auch die Statistik, die wir nicht entbehren können, an Werth
gewinnen.

9. Streichung des Abschnittes B, den Arbeitsnachweis betreffend.

Motiv: Der Abschnitt B steht zwecklos im Verbandsstatut.
Der Generalrath.

Aug. Münchow,
Vorsitzender.

Georg Leng,
Hauptschriftführer.

Das Recht auf Umzugskosten.

In Bezug auf die Umzugs- oder Ueberziehungslosten der Mit-
glieder, welche unser Gewerbeverein seit lange bereits auf Grund von

§ 39 des Statuts (in Verbindung mit § 41, welcher die Normen für die Festsetzung der zu zahlenden Entschädigungen enthält) gewährt, herrschen vielfach noch Unklarheiten. Da diese Unklarheiten oftmals zu recht unliebsamen Verhältnissen führen, sei einiges zur Aufklärung hierüber gesagt.

Die Umzugskosten sind zunächst zu unterscheiden von den bloßen Fahrkosten, welche auf Grund von § 4 des Unterstützungsreglements an arbeitslose Mitglieder, jedoch nur für das Mitglied selbst, gewährt werden.

Unter Umzugskosten ist zu verstehen: erstens die Vergütung der vollen Fahrkosten letzter Klasse bis zum neuen Arbeitsorte sowohl für das Mitglied selber, als für die Familienangehörigen und ferner die Vergütung der Hälfte der entstandenen Frachtkosten für den Transport der Wirtschaftsgeräte. Der höchste Satz, der einem Mitgliede an Umzugskosten (also Fahr- und Frachtkosten zusammen) vergütet werden darf, sind 50 Mk. im Einzelfalle. Die Umzugskosten werden mit der Beschränkung auf den Maximalsatz von 50 Mk. auch über die Grenzen Deutschlands hinaus gewährt, jedoch muß der Antrag innerhalb eines Jahres nach dem Austritt aus der die Unterstützung begründenden Beschäftigung und spätestens 4 Wochen nach stattgehabter Ueberfiedelung der Familie gestellt werden.

Festzuhalten ist nun zunächst immer, daß die Bewilligung von Umzugskosten nur an solche Mitglieder erfolgen kann, welche vom Generalrath als auf Grund von § 39 des Statuts unterstützungsberechtigt erachtet werden bezw. erachtet worden sind. Das kann in zwei Richtungen geschehen. Der Platzwechsel kann seinen Grund haben entweder in einer insolge Lohnunterschieden z. erfolgten Entlassung der Mitglieder aus dem Arbeitsverhältnis (Maßregelung, Aussperrung) oder aber die Mitglieder kündigen insolge Lohnabzuges bezw. wegen zu geringer bereits bestehender Arbeitspreise oder anderer ungünstiger Arbeitsverhältnisse selbst das Arbeitsverhältnis, was aber wohlgemerkt nur mit vorheriger Genehmigung des Generalraths geschehen darf.

In Bezug auf Letzteres lehrt nun aber die Erfahrung, daß trotz der deutlichsten Vorschriften in § 39 des Statuts die Mitglieder in vielen Fällen die Arbeitsstelle aufkündigen, vom Orte verziehen und erst dann, wenn der Umzug bereits stattgefunden hat, an den Generalrath direkt oder durch den Ausschuß herantreten und sagen: „Lieber Generalrath, es war mir leider nicht möglich, in A. noch weiter zu bestehen oder zu arbeiten, ich bin deshalb von dort fortgegangen; seit längerer Zeit ist auch bereits meine Familie nach hier überfiedelt, wodurch mir große Unkosten erwachsen sind, weshalb ich nun gezwungen bin, die Unterstützung des Gewerksvereins nachzusuchen. Der Ausschuß wird meine Angaben bestätigen.“ Oftmals sind solchen Anträgen noch Bemerkungen angefügt, wie: „Antragsteller hoffe, da er noch nie die Kassen des Gewerksvereins in Anspruch genommen, bestimmt auf die Gewährung seines Gesuchs und werde dann um so eifriger für unsere Sache wirken z.“

Daß solche schöne Versprechungen sehr wenig nützen, ist begreiflich. Der Generalrath muß in allen Fällen, wo die Mitglieder den Arbeitsplatz selbst aufgekündigt haben, ohne die vorherige Genehmigung des Generalraths dazu nachzusuchen, die Unterstützungsanträge ablehnen, denn § 40 des Statuts schreibt ausdrücklich vor, daß das eigenmächtige Aufkündigen der Arbeit den Verlust der Unterstützung nach sich zieht.

Das ist schon so und so oft bekannt gegeben worden, und doch fast ohne ersichtlichen Nutzen. Die gleichen Verstöße gegen § 40 kommen nicht selten kurz aufeinander in demselben Ortsverein vor. „Das Mitglied hatte keine Kenntnis von der Bestimmung des Statuts“, oder „das Mitglied gesteht, das Statut nicht gelesen zu haben“ heißt es dann wohl seitens des Ausschusses.

Daß die Ablehnung der betreffenden Anträge der Mitglieder Missstimmung bei diesen und auch wohl in weiteren Kreisen erweckt, ist natürlich und um so bedauerlicher, als oft lediglich das statutenwidrige Verhalten der Mitglieder den Grund zur Ablehnung bildet. Dann wohlgemerkt kommt der Generalrath in der Bewilligung von Unterstützungsansprüchen stets soweit, als das Statut irgend zuläßt, den Mitgliedern entgegen. In Fällen, wo Mitgliedern erheblichere Lohnabzüge gemacht werden sollten, sowie in Fällen, wo zu geringe Arbeitspreise gezahlt wurden und die Mitglieder deshalb die Arbeitsstelle aufgeben wollen, wird fast ausnahmslos seitens des Generalraths die Genehmigung zur Aufkündigung des Arbeitsplatzes erteilt, sofern diese Genehmigung nur dem Statut entsprechend zeitig genug nachgesucht wird. Das aber veräumen die Mitglieder leider in den meisten Fällen und kommen so um ihr sonst gutes Recht.

Dabei sei noch ein Punkt erwähnt. Es ist insbesondere in letzter Zeit vorgekommen, daß insolge des langen Zeitraumes, der zwischen einem an den Generalrath gelangten Antrage eines Mitgliedes auf Umzugskosten und zwischen dessen angeblicher Meldung der Sache beim Ausschuß seines Ortsvereins lag, sich das Vorhandensein dieser Meldung nicht mehr mit der erforderlichen Sicherheit behaupten oder bestreiten ließ. Um nun in diesem Punkte Abhilfe zu schaffen, hat der Generalrath in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die nach § 39 des Statuts erforderliche Nachsuchung der Genehmigung zur Aufkündigung eines Arbeitsplatzes (oder die Meldung von der stattgehabten Entlassung eines Mitgliedes wegen Differenzen) durch die Mitglieder beim Ortsvereinsauschuss **schriftlich** zu geschehen habe. Diese Maßregel ist natürlich schon in Rücksicht auf den oft fraglichen Inhalt mündlicher Mittheilungen durchaus am Platze.

Um den Mitgliedern aber auch ferner Gelegenheit zu bieten, sich gegen eine etwaige Verzögerung ihrer schriftlichen Gesuche in den Ortsvereinen zu schützen, beschloß der Generalrath außerdem, den Mitgliedern anzurathen, in jedem Falle von der beim Ausschuß erfolgten Einreichung eines Gesuchs der fraglichen Art **gleichzeitig auch den Generalrath in Kenntniß zu setzen**. Es mag in dieser Beziehung hierdurch noch besonders hingewiesen werden auf den Schluß von Punkt 2 des in voriger Nr. d. Bl. enthaltenen Protokolls des Generalraths.

Für die Meldung beim Ausschuß dürfte sich in der Regel das nachfolgende Muster (vielleicht hier oder da mit einigen, dem abweichenden Sachverhalt entsprechenden Aenderungen) empfehlen:

An den Ausschuß des Ortsvereins
Das unterzeichnete Mitglied Nr. des Ortsvereins beabsichtigt, seinen gegenwärtigen Arbeitsplatz in der Fabrik zu aufzukündigen und beantragt hiermit, dies gemäß § 39 des Statuts dem Generalrath baldigst zu melden.

Die Gründe für meinen Antrag sind die folgenden: (folgt die Mittheilung, daß zu geringer Verdienst ist, mit näherer Angabe des Verdienstes und der Preise, bezw. es folgt die Angabe der anderweitigen Gründe [Lohnabzug zc.], wegen welcher die Arbeitsaufkündigung beabsichtigt wird).

Ich habe Arbeit in und möchte nach diesem Orte mit Unterstützung des Gewerksvereins übersiedeln.

Aus den angeführten Gründen bitte ich, mir die Genehmigung des Generalraths zur Aufkündigung meines jetzigen Arbeitsplatzes recht bald auszuwirken, um kündigen zu können.

. den 18
(Name und Beruf des Mitgliedes.)

Die den Mitgliedern anzurathende gleichzeitige Meldung an den Generalrath über die Einreichung des vorstehenden Antrages beim Ausschuß kann in der einfachsten Form (eventl. durch Postkarte) geschehen. Diese Meldung kann sich auf die Worte beschränken:

Der Unterzeichnete, Mitglied Nr. des Ortsvereins hat am beim Ausschuß den Antrag auf Ertheilung der Genehmigung des Generalraths zur Aufkündigung seines jetzigen Arbeitsplatzes eingereicht.
(Name und Beruf.)

Das sind einfache Vorschriften, die leicht zu erfüllen sind. — Unser Grundsatz muß sein, die uns in den Statuten selbst gegebenen Gesetze zu achten, und deshalb wird stets da, wo die Mitglieder unbekümmert um die Vorschriften des Statuts den Arbeitsplatz aufkündigen und erst nachher um Umzugskosten oder Unterstützung beim Generalrath einkommen, die Ablehnung erfolgen.

Zum so und sovielten Male sei deshalb den Mitgliedern hierdurch entgegengerufen:

Beachtet die obigen Anweisungen, beachtet insbesondere die Vorschriften des § 39 des Statuts, die in fetter Schrift gegeben sind, wenn Ihr gegebenen Falles nicht das Recht auf Umzugskosten sowie überhaupt auf die Unterstützung aus § 39 des Statuts verlieren wollt. Georg Lenk.

Sozialpolitische Nachrichten.

** Unser Artikel über die **Vohnfrage** in unserem Berichte (Nr. 12 d. Bl.), dessen Absicht offen dahin geht, möglichst dem Zusammenschließen aller vorhandenen Verbände in **eine einzige** Organisation die Wege zu ebener, um so endlich dem stetigen Herabgehen der Löhne in der keramischen Industrie im Interesse sowohl der Arbeiter als der auf realen Grundlagen produzierenden Arbeitgeber nachhaltiger als bisher entgegenzuwirken, hat, wie aus uns vorliegenden Zuschriften ersichtlich (siehe auch Personalnachricht Haushaltsleben zc.), in weiteren Berufskreisen den lebhaftesten Anklang gefunden. Das erscheint begreiflich, denn man kann sich eben der Wahrheit des Gesagten nicht mehr verschließen! Es muß der Zeit überlassen bleiben, zu entscheiden, ob die gegebenen Anregungen gute Früchte tragen werden oder ob jeder Versuch, die Berufsgenossen energisch anzurufen, sie an ihre eigenen Interessen zu mahnen, vergeblich sein, d. h. die jetzige lebhaftere Strömung auch wieder im Sande verlaufen wird. Die Mitglieder unserer Organisation werden hoffentlich nicht die Lehren auf dem Platze sein, sondern durch persönliche Anregung in ihren Dreher- und Malerpersonalen dafür Sorge tragen, daß die Angelegenheit allorts in ernsteste Erwägung gezogen wird. Der betreffende Artikel wird in Kürze als Flugblatt allen Personalen zugehen, dies giebt also genügenden Anlaß, sich mit unserer Anregung zu befassen. Also nochmals: **Auf die Posten!**

** Der Reichstag begann am Freitag, den 29. v. M., die Berathung der **Alters- und Invalidenversicherungsvorlage** und setzt die Berathungen noch gegenwärtig fort, dabei fast durchweg die Vorschläge der Kommission annehmend. Bei § 1 wurde ein Antrag Hertling (Zentrum) auf Beschränkung des Kreises der Versicherten ebenso abgelehnt, wie ein Antrag Bebel auf Erweiterung dieses Kreises. Zu § 4 hatte u. A. der Abg. Rickert beantragt, Mitglieder der freien Hilfsklassen unter der nothigen Sicherstellung von dem Versicherungszwange zu befreien. Der Antrag wurde abgelehnt. Gegen denselben wandte Staatsminister v. Büttcher aufs neue ein, daß die freien Klassen keine hinreichende Garantie für die Zahlung der Renten bei eintretender Leistungsunfähigkeit böten, fügte aber hinzu, daß keineswegs beabsichtigt werde, den Bestand derselben zu gefährden. Der nationalliberale Abgeordnete Kalle gab unüberhoben zu erkennen, daß ihm die freien Hilfsklassen, besonders aber die bösen Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, im höchsten Grade unympathisch

feien. Dem gegenüber traten die freisinnigen Redner Nicker, Schmidt (Ebersfeld) und Schrader entschieden für unsere Sache ein, freilich ohne Erfolg. Das geschah in der Montagsberatung. Am Dienstag wurde dann die Altersgrenze trotz des Hinweises, daß bei Beibehaltung des 70. Lebensjahres das Gesetz nur einen geringen Werth für die Mehrzahl der Versicherten haben werde, auf **70 Jahre** festgesetzt. Auch Minister von Bötticher war gegen die Herabsetzung auf 65 bzw. 60 Jahre. Ein wesentliches Verdienst um die möglichste Verschlechterung des Gesetzes scheint sich der ultramontane Freiherr von Frandenstein erworben zu wollen.

Der „**Fachgenosse**“ schreibt in seiner Nummer vom 1. April mit Bezug auf unsere „**Keramische Notiz**“ in Nr. 11 folgendes: „Unser Artikel „**Arbeiterfreundlichkeit**“, den wir neulich „zu Gunsten des Arbeiterblattes“, des „**Berichterstatters**“, wie sich die „**Amesse**“ ausdrückt, veröffentlicht, giebt dem letztgenannten Blatte Veranlassung, uns betreffs des „**Berichterstatter**“ über einen Punkt aufzuklären, den wir von unserem Standpunkte aus durchaus nicht billigen können und der auch von der „**Amesse**“, die ja bekanntlich selbst an die „**Harmonie zwischen Kapital und Arbeit**“ glaubt, nicht gebilligt wird. Nach der „**Amesse**“ hat der „**Berichterstatter**“ wörtlich folgendes geschrieben: „Wenn der Thüringer Malerverband in seinen Statuten z. B. auch die Unterstützung von Gemäßregelten ins Auge faßt, so halten wir dies für eine Aufgabe, die weit über den Rahmen einer Unterstützungs-kasse hinausgeht und würde unter gewissen Verhältnissen den Mitgliedern inerschwingliche Opfer auferlegen, abgesehen davon, daß sich der betreffende Verband der Prinzipalität gegenüber in eine provozierende Stellung bringt, was unter allen Umständen vermieden werden muß.“ Fürwahr, wir sind beschämt und entkräftet über eine so vollständige Mißverkennung der Interessen der Arbeiter zugleich und wir geben der „**Amesse**“ recht, wenn sie sagt, daß wir wohl den „**Berichterstatter**“ und seine Prinzipien nicht kennen und daß von einer Vertretung wirklicher Arbeiterinteressen durch den „**Berichterstatter**“ nicht gesprochen werden könne.“ — Es hat zweifellos diese Erklärung des „**Fachgenosse**“ für die Leser des „**Berichterstatter**“ einiges Interesse. Der „**Berichterstatter**“ hatte sich sofort in seiner Nr. 3 nach der Parteinahme des „**Fachgenosse**“ für ihn (den „**Berichterstatter**“) beeilt, der bezüglich der Veröffentlichung des „**Fachgenosse**“ in seinen Spalten voll Raum zu geben; hoffentlich wird er nunmehr auch dieses etwas anders als anfänglich lautende Urtheil des „**Fachgenosse**“ seinem Leserkreise zur Kenntniß bringen. — Im Uebrigen wären wir neugierig zu erfahren, woher der „**Fachgenosse**“ weiß, daß die „**Amesse**“ an die „**Harmonie zwischen Kapital und Arbeit**“ glaubt. Als Naturgesetz erkennen wir eine solche Harmonie nicht als bestehend an, haben sie auch noch nie gepredigt. Dagegen traten wir und treten stets dafür ein, soweit irgend möglich die bestehenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit auszugleichen; waren und sind stets bemüht, wo irgend angängig ein friedliches Verhältnis zwischen beiden Theilen herzustellen unter voller Wahrung der Rechte und Interessen des Arbeitertades; und wir meinen nach wie vor, daß dieses Bestreben nicht minder im Interesse der Arbeiter liegt als der Arbeitgeber. Grundsätzlich klüften und trennen statt einen halten wir für verderblich; unser Standpunkt wird stets sein: festen und mannhaften Widerstand solchen Arbeitgebern, die die Arbeiter als gleichberechtigten Stand nicht achten wollen und deren Rechte mit Füßen treten; ohne Mißtrauen jedoch und zum Entgegenkommen und friedlichen Vereinbaren der beiderseitigen Interessen bereit gegenüber den Arbeitgebern im Allgemeinen. Und von diesem Standpunkte ausgehend, bemerken wir dem „**Fachgenosse**“ auf seine Frage, daß wir auch aus dem Moskiter Vorgang (der bekanntlich durch unsere Kritik der Schedewitzer Verhältnisse veranlaßt wurde) nur die Lehre gezogen haben, die thatsächlich aus demselben zu ziehen ist, nämlich, daß es in den Kreisen der Arbeitgeber noch Leute giebt und wohl auch ewig geben wird, die wohl für sich Rechte in Anspruch zu nehmen glauben dürfen, anderen aber das größtenteils Unrecht zuzufügen keinen Anstand nehmen. Jedoch wir verdammen nicht wegen solcher Auswüchse den Arbeitgeberstand im Allgemeinen. Bergewaltigung und Mißachtung des gesetzlichen Vereinigungsrechts der Arbeiter werden aber an uns stets ebenso entschiedene Gegner finden, wie an irgend einem anderen Arbeiterblatte. — Ein „**Läuterungsprozeß**“ in unseren Kollegienkreisen kann mit Rücksicht auf die von uns vertretenen Grundsätze uns nie an Anhängern Abbruch thun, wird vielmehr — wie auch jetzt — von uns nach Kräften zu fördern gesucht werden. Was der „**Fachgenosse**“ mit Bezug hierauf sagt, resultirt einfach aus der nicht genügenden Kenntniß der Verhältnisse in unserem speziellen Berufe, wie eine solche sich ja auch in dem anfänglichen Urtheil des „**Fachgenosse**“ über den „**Berichterstatter**“ offenbarte.

Von dem **Abdruck des Stimmungszwanges** sind die Berliner **Porzellan- und Glasmaler** zc. nunmehr dank dem Vorgehen des Ortsvereins Berlin II des genannten Berufs (vergl. die Mittheilung in Nr. 7 d. Bl.) glücklich durch richterlichen Spruch befreit worden. Am 30. v. M. stand in der Sache, wie uns berichtet wird, Termin an. Anfänglich wollte der Richter die Porzellan- zc. Maler, da sie auch **Schilder malen**, als **Schilder-maler-Zunft** zugehörig betrachten. Erst nach genügender Aufklärung durch die mit Geldstrafe in Höhe von 10 M. bedroht gewesenen Maler erfolgte die Freisprechung von der Strafe. Die Akten wurden der Staatskasse aufgelegt. — Charakteristisch ist hierbei die bereits erwähnte Thatsache, daß Hr. Obermeister Feyersbach, welcher in der Strafverfügung

als Belastungszeuge genannt worden war, aber in der durch den Ortsverein veranstalteten öffentlichen Versammlung vom 11. Februar Gelegenheit gefunden hatte, sich über den Unterschied zwischen dem Berufe der **Stuben-, Schilder- und Konfessionenmaler** und dem der **Glas- und Porzellanmaler** genügend zu informieren, in bewußtlicher Weise als Entlastungszeuge fungierte, und dadurch wohl mit Beitrage, daß Freisprechung erzielt wurde, statemalen der Richter, wenn Hr. F. demselben in der Ansicht, daß, weil die Porzellanmaler auch **Schilder malen**, sie als **Schilder-maler** zu betrachten seien, begünstigt hätte, wohl kaum von der Bestrafung Abstand genommen haben dürfte.

Das **Reichsversicherungsamt** hat in einer **Rekursentscheidung** den Grundsatz ausgesprochen, daß der Uebergang eines verletzten Arbeiters zu dem Stand der Unternehmer die **Berufs-genossenschaften** nicht berechtigt, die **Rekurszahlung** einzustellen. Der Schlosser H. war nämlich in den Stand der Arbeiter übergetreten, nachdem er in einem berliner Betriebe eine nicht unbedeutende **Verletzung der rechten Hand** erlitten hatte. Die norddeutsche **Klein- und Stahl-Berufs-genossenschaft** nahm hieraus **Veranlassung**, die ursprünglich dem Berufsgenossen gewährte **Rente** durch einen späteren **Becheid** zu entziehen. Das **Schiedsgericht** verurtheilte jedoch nach **erhobener Berufung** die **Berufs-genossenschaft** zur **Weiterzahlung** der **Rente**, worauf dieselbe **Rekurs** ergreif. Zur **Rechtsverfolgung** derselben machte sie geltend, daß das **Geschäft** des H. bereits einen **bedeutenden Aufschwung** genommen habe. Derselbe **beschäftigt** bereits gegen **dreißig Arbeiter** und habe **Arbeiten** angefertigt, die wegen ihrer **künstlerischen Ausführung** im **Kunstgewerbe-Museum** **Ausstellung** gefunden hätten. H. erziele einen **bedeutenden Umsatz** und brauche nicht mehr selbst mit der **Hand** thätig zu sein; seine **Thätigkeit** werde **vollständig** mit der **Leitung** des **ganzen Unternehmens** in **Anspruch** genommen. Das **Reichs-Vericherungsamt** wies jedoch den **Rekurs** zurück, indem es wie oben angegeben erkannte. — In einer anderen **Rekursentscheidung**, betreffend einen **erlittenen Bruchschaden**, hat das **Reichsversicherungsamt** den **Grundsatz** aufgestellt, daß in solchen Fällen ein **Umsatz** nur dann **angenommen** werde, wenn sofort nach **Ausführung** der **Arbeit** der **Bruch** austrete und dies **festzustellen** sei.

Personal-Nachrichten.

Reichsvereinsleben, den 31. März 1899. Das unterzeichnete **Reichs-personal** erlaubt sich hierdurch ebenfalls die **Vertheilung** der **bestehenden Verbände** **Dresden** und **Magdeburg** im Interesse aller **Kollegen** recht dringend den **beiden Vororten** zu empfehlen. Wie aus letzter **Nummer** ersichtlich, würde ja auch der **Vorort Magdeburg** nicht abgeneigt sein, eine **Verbindung** auf Grund des von ihm als richtig erkannten **Prinzips** der **Unterstützung** bei **Arbeitslosigkeit** bzw. **Zahlung** eines bestimmten **Wesens** herbeizuführen. Eine **Revision** der **Statuten** wird natürlich **erforderlich** sein.

Unterzeichnetes Personal, welches aus **28 Drechern** besteht und **langem** zum **Theil dem Gewerkschaften** halb dem **Magdeburger** und halb dem **Dresdener** **Verbände** angehört, hat seit längerer Zeit so recht empfunden, wie **schlecht** und **durchaus schädlich** für uns es ist, wenn ein **Theil der Kollegen** diesem und der **andere Theil** jenem **Verbande** angehört. Wie jeder **Kaufmann** seine **Waare** lobt, so **spricht** auch hier **Jeder** für „**sein**“ **Verband**. **Verfeindungen** unter den **Kollegen** wegen der **verschiedenartigen Verbandsinteressen** sind nicht selten die **Folge** auch bei **Vorhändern** **machern** sich die **vorhandenen** recht **trüben** **Verhältnisse** geltend. Es ist deshalb **Jeder** **pflicht-treu** und **zweckbewußte** **Kollege** unter uns **heraus** zu der **Gewissheit** gekommen, daß **dieser** **Verfall** **auf** sie **eine** oder **andere** **Art** ein **Ende** gemacht werden **müsse**. An der **Verfall** haben wir **selbst** **schuldig**; die **Ursache** der **verschiedenen** **Verbände** ist der **Verfall** unserer **eigenen** **Interessen** **zuzuschreiben**.

Werthe Kollegen! Wir erlauben **Jedem** unter **Euch**, den **Artikel** in Nr. 12 der „**Amesse**“: „**Zur Lohnfrage**“ wohl **eindrücklich** sich **vorzuwahren** vor **Augen** zu **halten**. In demselben wird das **humbüchliche** **Wesens** offen **klargestellt**, an dem wir in **unserem** **Berufe** infolge **eigenen** **Verfallens** **franken**. Man stellt heute an **jeden** **Arbeiter**, auch den **geringsten**, **höhere** **Anforderungen** in **Bezug** auf **Bildung**, wie **verträgt** sich dies **aber** mit **dem** **nicht** **selten** zu **konstatirenden** **Vergehen** des **Beamten**, wenn bei **jedem** **geringfügigen** **Anlasse** dem **Arbeiter** **kurzer** **Hand** die **Thür** **geöffnet** **wird** mit **den** **Worten**: „**Wenn**“ **Schnur** **nicht** **paßt**, **kommen** **Sie** **gehen**“ zc. **ist** **das** **nicht** **verteufelt** und **herabwürdigend** für **den** **Arbeiter**? **Sehen** wir uns die **Fälle** von **Waldjassen**, **Schedewitz**, **Moskiter**, **Uhlstädt** zc. an, **drängen** sie nicht **alle** **darum** hin, uns zur **wirklichen** **Vereinigung** zu **bringen**? Die **Kollegen** können fast **allerorts** **Ungeheuerlichkeiten** **erleiden**.

Alle **Personale** **eruchen** wir **tehr** **hochachtungsvoll**, in **baldestiger** **Zeit** **ihre** **Rundgebungen** an die **werthen** **Verbands-Vorstände** bzw. an die „**Amesse**“ oder „**Sprechsaal**“ **erlangen** zu **lassen**.

Das **Dreherpersonal** von **Uffrecht** u. Co.
R. **Anlauf**.

Altwasser, den 20. März 1899. Der **Werkunterstützungs-Verband** **Schlesischer Porzellanmalers** besteht aus **8 Fabrikpersonalen** und **15 Privatmalereien**, ist **eingetheilt** in **7 Abtheilungen** und wird von demselben an **jeden** **durchreisenden** **Kollegen**, welcher **zuletzt** **außerhalb** **Schlesiens** **konstituirte** und **einem** **Verband** **angehörte**, eine **Unterstützung** von **9 M.** **beabsichtigt**.

Neu **eingetreten** sind im **Laufe** des **Jahres** 1898 **107** **neue** **Freiwillige** **41** **Mitglieder**. **Freiwillig** **verließen** ihren **Platz** **144**, **dagegen** **unfreiwillig** **11** **zum** **Militär** **wurden** **9** **erufen**, und **1** **Mitglied** **verlor** **der** **Verband** **durch** **den** **Tod**. — Die **Mitgliederzahl** **beträgt** **am** **Schlusse** **des** **Jahres** **371**. **Werkunterstützung** **wurde** **pro** **1898** **verabfolgt** **696,80 M.**, **wie** **an** **die** **Familie** **eines** **verstorbenen** **Mitgliedes** **30 M.**

Bei **der** **am** **10. v. M.** **abgehaltenen** **Generalversammlung** **wurde** **der** **Beschluß** **gefaßt**: eine **allgemeine** **Defegirtenversammlung** **aller** **mit** **lischer** **Verbände** **anzuregen** **bezug** **habe** **eines** **liberalen** **Statuta**, **um** **ein** **engeres** **Zusammenwirken** **der** **Verbände** **zu** **ermöglichen**. **Die** **Versammlung** **erklärt** **den** **Verband** **eines** **einigen**, **die** **große** **Mehrzahl** **der** **Berufs-genossen** **umfassenden** **Organisation** **für** **ein** **absolutes**

Jahres-Rechnungs-Abschluss der Generalrathskasse des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- u. Arbeiter pro 1888.

Einnahme.		Me.	Pf.	Ausgabe.		Me.	Pf.
An Vortrag		388	19	Per Gehalt des Hauptschriftführers		925	—
Prozentfendungen		20 319	17	Porto		279	68
Zinsen		1 053	—	Bürobedarf und Material		115	12
Kassenbestände von Ortsvereinen		1 518	84	Druckfachen		466	10
Zurückgezahlte Agitationskosten		20	77	Entschädigung für Generalraths-Sitzungen		120	70
Verkauftes Bureaumobilien		18	—	Entschädigung für Centralraths-Sitzungen		12	50
Verlärtskosten-Vorschuss		3	50	Entschädigung für Kommissions-Sitzungen		39	—
Sonstige Einnahmen		111	—	Entschädigung für Revision der Kasse		17	95
		23 432	47	Vergütung an Lenzen		100	—
Gesamt-Vermögen der Generalrathskasse.				Vertretung auf der Generalversammlung		1 643	85
4% Berliner Pfandbriefe		8 550	—	Agitations- und Revisionsreisen		492	05
3 1/2% Preuss. Konfols		7 500	—	Aushilfe an Ortsvereine		1 888	77
3 1/2% Reichs-Anleihe		13 200	—	Verbandssteuer		1 016	10
Kassenbestand		643	66	Abonnement für das Verbands-Organ		618	—
		29 893	66	Gekaufte Werthpapiere		11 818	47
Ortsvereine Ende 1888	75			Gerichts- und Rechtsanwaltskosten		484	07
Mitgliederzahl Ende 1888	3015			Depotgebühren		15	25
Eingefandte Prozente pro 4. Quartal 1888		4 384	34	Untersuchungskosten Weiland		211	70
Kassenbestand der Ortsvereine Ende 1888		2 232	59	Beitrag zur „Ameise“		1 876	20
		36 510	59	Büro-Miethe		78	—
				Büro-Mobilien und Aktensilien		271	65
				Umzugskosten		23	30
				Anlegung einer Stammtafel		111	60
				Buchbinderarbeiten		11	45
				Inserate		4	60
				Büro-Reinigung		28	—
				Heizung und Beleuchtung		30	—
				Sonstige Ausgaben		89	70
						22 788	81
						643	66
						23 432	47

Revidirt und für richtig befunden. Charlottenburg, den 14. Januar 1889.
C. Guve. W. Schmidt. H. Voigt.

Charlottenburg, den 1. Januar 1889.

J. Bey, Hauptkassirer.

Erforderlich und erwartet, daß sich alle Verbände daran beteiligen, um ein geregelttes Verhältnis der Verbandsinteressen herbeizuführen. Die Herren Kollegen der Verbände werden hiermit ersucht, ihre diesbezügliche Ansicht klar zu legen resp. mitzutheilen. Die Statuten des Schlesischen Verbandes sind auf Verlangen der Königl. Regierung ungesändert und zur Genehmigung eingereicht worden.

Der Vorstand.
Adolf Rose, Vorsitzender. Oswald Krüger, Kassirer. Oswald Förster, Schriftführer.

Vereins-Nachrichten.

§ Rehan, den 1. April. Gestern, den 31. März, hat Hr. Klein aus Berlin hier besprochen und ist die Versammlung vorthellhaft für unsere Sache gewesen; es hat sich ein Verein der Bauhandwerker gebildet und stehen noch weitere Anmeldungen der Stuhlarbeiter u. s. w. in Aussicht. W.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedenen Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

1) In den Gewerkeverein und die Kranken- und Begräbniskasse: Eisenberg: 23. 3. J. Herken; Voffzen: 30. 3. L. Hansmann; Mitterteich: 30. 3. J. Richter, N. Weiß; Königszell: 30. 3. J. Leibig; Dresden: 30. 3. C. Groß; Mambach: 23. 3. E. Kühn, 30. 3. E. Wüttner.

2) In den Gewerkeverein und die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Schramberg: 23. 3. J. Bruder; Königszell: 30. 3. P. Pohl, P. Gerstmann.

3) In die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Moschendorf: 16. 3. G. Jehnes; Stanowitz: 30. 3. E. Peikert; Berlin II: 30. 3. G. Hoff, E. Hofmann; Charlottenburg: 30. 3. M. Angelé, W. Knöfel, H. Karge, H. Koch, A. Schmidt; Berlin-Moabit: 30. 3. J. Sahn, A. Geranowik, E. Ludwig, A. Hausdorf, K. Kellner.

4) In den Gewerkeverein (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung): Eisenberg: J. Miha, B. Winkler, A. Hoppe; Sphienau: D. Desser; Rehan: G. Richter, C. Otto, A. Düfel, G. Rothenmund, J. Grüner.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerkeverein und Kranken- und Begräbniskasse: Fürstenberg: E. Kaste (gest.); Charlottenburg: J. Steiner; Elgersburg: J. Beck (auf Reisen); Moabit: J. Drumm.

2) Aus Gewerkeverein und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Koblau: A. Frähdorf; Königszell: C. Bräuer.

3) Aus der Kranken- und Begräbniskasse: Moschendorf: G. Jehnes; Stanowitz: E. Peikert.

4) Aus dem Gewerkeverein: Beutelsdorf: G. Hartung; Moschendorf: D. Zippel; Passau: M. Baumgärtner (gest.); Unterlößig: A. Bod; Rösitz: E. Breuning.

Der Generalrath und Vorstand.

A. Münchow, Vorsitzender. J. Bey, Hauptkassirer. Georg Lenz, Hauptschriftführer.

Versammlungskalender.

* Moabit. Generalrathssitzung am Freitag, den 5. April, Abends 8 Uhr, bei Brunert.

Das Bureau.

* Golditz. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. C. Otto, Schriftführer.

* Kolmar i. B. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Herm. Gschning, Schriftführer.

* Elgersburg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 8 Uhr, im „Gasthof zum rothen Hirsch“. Fried. Weidtemüller, Schriftführer.

* Petersdorf. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung in der Versammlung. Joh. Bischof, Schriftführer.

* Sorgau. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Antrag auf wöchentliches Einkassiren der Beiträge, 3. Anträge und Beschwerden. — Nach diesem Krankenkassenversammlung. Julius Hähnel, Schriftführer.

* Tiefenfurt. Ortsversammlung am Sonnabend, den 6. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. C. Hübel, Schriftführer.

* Neuhaldensleben. Medizinalverbands-Versammlung am Sonntag, den 7. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Hrn. Gastwirth Clerf. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorstand.

J. A. A. Ledderbooge.

* Gotha. Ortsversammlung am Sonntag, den 7. April, in Wallhers Hotel garni. H. Loesaus, Schriftführer.

* Oberhausen. Ortsversammlung am Sonntag, den 7. April, Morgens 10 1/2 Uhr, bei Kessel. 1. Geschäftliches, 2. Aufnahme, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Verschiedenes. Herm. Pöppinghaus, Schriftführer.

* Rehan. Ortsversammlung am Sonntag, den 7. April, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. G. Beyer, Schriftführer.

* Arzberg. Ortsversammlung am Montag, den 8. April, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal bei Hrn. Schelter. J. Seidel, Schriftführer.

* Berlin II. Versammlung am Montag, den 8. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Schultheiß' Brauerei-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25. 1. Bericht über die Klagesache der Innungen, 2. Besprechung über Abhaltung eines Sommerfestes der 4 Ortsvereine, 3. Mittheilung über die Fälle, in denen Umzugskosten gewährt werden, 4. Verschiedenes. E. Schumann, Schriftführer.

* Unterweißbach. Ortsversammlung am Montag, den 8. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal („Gasthaus zum Hirsch“). Die Mitglieder werden auf den Quartalsabschluss aufmerksam gemacht. Louis Jacobi, Schriftführer.

* Moabit. Die Ortsversammlung findet diesmal bereits am Montag, den 15. d. M., statt (wegen Ostern). — Zur Ausschussung am Montag, den 8. d. M. ladet ferner ein H. Ungert, Schriftführer.

Sterbetafel.

Mosenan-Passau. Max Baumgärtner, Maler, geb. 29. 12. 1868 zu Schönberg, gest. 29. 3. 1889 an Bluthur, Mitglied des Gewerkevereins.

Schramberg. Ludwig Anselm, Dreher, verheirathet, geb. 21. 1. 1828 zu Schramberg, gest. 18. 3. 1889 an Gehirnschlag (ohne krank zu sein), Mitglied des Gewerkevereins und der Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse.